



Geneva International Centre *for* Justice  
Independent, non-profit, non-governmental organisation



## Die Menschenrechtssituation in Jemen, Resolution 45/15 und die GEE

Die 46. reguläre Sitzung des Menschenrechtsrats

Genf, 22. Februar – 23. März 2021

## **Die Menschenrechtssituation in Jemen**

*Bericht über den interaktiven Dialog: Mündlichen Update der Gruppe der eminenten Experten für Jemen zur Situation der Menschenrechte in Jemen und der Entwicklung und Umsetzung von Resolution 45/15.*

**Geschrieben von: Joy El Hajaly / GICJ**



**Die 46. reguläre Sitzung des Menschenrechtsrats**

**Genf, 22. Februar – 23. März 2021**

## Inhaltsverzeichnis

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>4</b>
<b>ZUSAMMENFASSUNG DES BERICHTS DER GRUPPE DER EMINENTEN EXPERTEN (GEE).....</b>	<b>5</b>
<b>DER INTERAKTIVE DIALOG .....</b>	<b>6</b>
<b>EINLEITUNG VON HR. KAMEL JENDOUBI, VORSITZENDER DER GRUPPE DER EMINENTEN EXPERTEN FÜR JEMEN .....</b>	<b>6</b>
<b>JEMENS ANTWORT .....</b>	<b>7</b>
<b>STAATLICHE KOMMENTARE UND FRAGEN (REGIONALGRUPPEN) .....</b>	<b>8</b>
AFRIKANISCHE GRUPPE .....	8
ASIEN UND DIE PAZIFISCHE GRUPPE .....	9
WESTEUROPÄISCHE UND ANDERE GRUPPEN .....	10
GENERELLER KONSENS.....	11
<b>SCHLUSSPUNKTE DER GRUPPE DER AUßERGEWÖHNLICHEN EXPERTEN FÜR JEMEN.....</b>	<b>12</b>
<b>DER BEITRAG VON NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN .....</b>	<b>13</b>
<b>DIE POSITION DES GENEVA INTERNATIONAL CENTER FOR JUSTICE.....</b>	<b>14</b>
<b>FAZIT .....</b>	<b>15</b>

## Einleitung

Die Menschenrechtssituation in Jemen ist in vielerlei Hinsicht problematisch und schockierend. Dies zeigt sich an Völkerrechtsbrüchen und dem unmöglichen Zugang humanitärer Hilfe, sodass Minderheiten, Frauen und junge Menschen unter den direkten Konsequenzen der bedauerlichen Situation täglich leiden. Mehr als 112.000 Menschen starben bereits im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen. Viele weitere wurden verletzt. Außerdem starben viele aufgrund der sozioökonomischen, humanitären und gesundheitlichen Bedingungen. Heute leiden weiterhin viele Menschen, insbesondere die unter Herrschaft der Huthi Milizen.



Quelle: UNICEF/UNI338489

Die Gruppe der eminenten Experten für Jemen agiert innerhalb des Mandats, das es ihnen ermöglicht die Menschenrechtssituation in Jemen zu beobachten und darüber zu berichten, die Verantwortlichen für die Verbrechen zu identifizieren und einen schriftlichen Bericht an die Hohe Kommissarin zu Beginn jeder Sitzung zu erstatten, worauf im Anschluss ein interaktiver Dialog folgt. Bei der 46. regulären Sitzung des Menschenrechtsrats stellte die Gruppe der eminenten Experten (GEE) ihren neusten Bericht vor, welcher am 25. Februar 2021 zusammen mit der Resolution 45/15 diskutiert wurde.

Am 6. Oktober 2020 verabschiedete der Menschenrechtsrat die Resolution 45/15, welche die Menschenrechtssituation in Jemen beschreibt, die Unterstützung des Rates oder des Generalsekretärs und seines Sonderbeauftragten für Jemen bestärkt und den Bericht der Gruppe

der eminenten regionalen und internationalen Experten für Jemen, einschließlich anderer Feststellungen und Bedenken, begrüßt. Am bedeutendsten ist, dass die Resolution alle in Jemen involvierten Parteien dazu aufruft, sich am politischen Prozess auf friedliche und demokratische Weise zu beteiligen sowie die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in Friedens- und Konfliktbewältigungsprozessen zu achten. Die Resolution 45/15 ist ein zentraler Gewinn im Kampf gegen alle Formen der Gewalt und Diskriminierung, die in Jemen stattfinden.

Der folgende Bericht stellt eine Zusammenfassung des GEE-Berichts sowie die Kernpunkte des interaktiven Dialogs vom Februar 2021 vor. Anschließend wird der Bericht auf die Position des Geneva International Centre for Justice hinweisen.

## Zusammenfassung des Berichts der Gruppe der eminenten Experten (GEE)

In diesem Bericht fokussiert sich die Gruppe der eminenten Experten für Jemen auf die mutmaßlichen Verbrechen, die zwischen Juli 2019 und Juni 2020 begangen worden sind. Mittels dieses Berichts legt die GEE Gründe dar, die zur Annahme führten, dass die Regierungen des Jemen, den Vereinigten Arabischen Emiraten, des Südlichen Transnationalen Rats und Saudi-Arabien für die Menschenrechtsverletzungen in Jemen verantwortlich sind. Solche Verletzungen sind laut des Berichts erzwungene Verschwindenlassen, willkürlicher Entzug des Lebens, geschlechtsspezifische Gewalt und andere Feindseligkeiten. Außerdem hebt der Bericht hervor, dass die Parteien des bewaffneten Konflikts in Jemen humanitäres Völkerrecht verletzt haben, wie Kriegsverbrechen, wahllose Angriffe, Tötung von Zivilisten und unmenschliche Behandlung.



Quelle: YNP für UNOCHA

Die GEE zählt eine Reihe von Handlungsvorschlägen auf, gerichtet an alle im Konflikt involvierte Parteien, die Regierung des Jemen, die de facto Behörden, die Koalition, Drittstaaten und die internationale Gemeinschaft. Die Kriegsparteien sollten Gerechtigkeit für die Opfer der Menschenrechtsverbrechen und der Brüche des humanitären Völkerrechts sicherstellen. Die Regierung des Jemen sollte die Maßnahmen, die von der Konferenz des Nationalen Dialogs beschlossen worden waren, umsetzen. Außerdem müssen die de facto Behörden sicherstellen, dass keine Gefangenen während ihrer Gefangenschaft rekrutiert werden, während der Koalition geraten wird, die Kapazitäten und Unabhängigkeit des Gemeinsamen Teams zur Bewertung der Vorfälle zu stärken. Drittstaaten müssen alle Maßnahmen ergreifen, um den Respekt für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte sicherzustellen. Schließlich könnten auch die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft verschiedene Schritte gehen, einschließlich ihrer Unterstützung ein Ende der Kampfhandlungen und Frieden zu erreichen. Der Bericht zeigt noch weitere detaillierte Vorschläge auf, auf welche eine sorgfältige Darstellung der Hauptakteure folgt.

**Am wichtigsten ist, dass die anhaltenden und weit verbreiteten Völkerrechtsbrüche, zusätzlich zu zahlreichen Gräueltaten, die zu der aktuellen schrecklichen Situation in Jemen führten, sofort ein Ende nehmen. Der Bericht wird von dem Vorsitzenden der GEE während des interaktiven Dialogs der 46. Sitzung weiter ausgeführt.**

## Der interaktive Dialog

Einleitung von Hr. Kamel Jendoubi, Vorsitzender der Gruppe der eminenten Experten für Jemen



In seiner Erklärung stellte Hr. Jendoubi die Hindernisse, mit denen die GEE während des Berichtszeitraums konfrontiert war, heraus, wobei die Restriktionen und die Unterfinanzierung, verursacht durch die globale Pandemie, die sorgfältige Arbeit der GEE und somit

den Friedensprozess in der Region eingeschränkt haben. Somit ist die GEE um die Konsequenzen des katastrophalen und ausufernden Konflikts in Jemen auf seine Bevölkerung extrem besorgt. Hr. Jendoubi erwähnte in seiner mündlichen Erklärung wichtige Fortschritte, einschließlich der Regierungsbildung mittels friedlicher Abkommen und Verhandlungen, welche ein Schritt hin zu nachhaltigeren und friedlicheren Lösungen seien. Gleichwohl bleibe die fehlende Repräsentanz von Frauen ein Problem, welches tangiert werden müsse. Gleichzeitig blieben, trotz einiger Entwicklungen, erzwungene Verschwindenlassen und Festnahmen bis heute ein Problem im Land. Außerdem hob Hr. Jendoubi die Folgen der Angriffe in den Städten Ma'rib und Hudaydah hervor, wo vulnerable Gruppen weiterhin ihre Häuser und Lebensgrundlagen verlören.

---

*„Die aktuelle Eskalation in Ma'rib hat erneut geschätzt 54,000 weitere Menschen dazu gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen“.*

---

### Jemens Antwort

In ihrer Antwort erkannte die Delegation des Jemen den Bericht der GEE nicht an, da sie glauben, er mangle an Objektivität. Laut des Vertreters des Jemen basiere der Bericht des GEE auf unzuverlässigen



Informationen. Die Quellen seien nicht glaubwürdig. Botschafter Ali Majawar, der Ständige Vertreter des Jemen bei den Vereinten Nationen, hob außerdem hervor, dass der Bericht politisiert sei. Zudem erwähnte er, dass Menschenrechtsthemen nicht von Fehlinformationen und aus politischen Gründen beeinträchtigt werden dürfen, welche wiederum die Verbrechen der Huthi Milizen rechtfertigen würden. Der Vertreter des Jemen warf der GEE vor, sie seien aufgrund ihrer Methodik und Vorgehensweise nicht transparent, neutral oder hielten die UN-Mechanismen ein. Hr. Ali Majawar bedeutete auch, dass die GEE ihr Mandat nicht respektiere und dass es keine konkreten Beweise für die Angriffe durch die Huthis gebe. Schließlich bat Jemen den Rat, die Einhaltung der Resolution 26/45, genauer Artikel 10, zu berücksichtigen,

da dieser der Nationalen Kommission in Jemen ermöglichen würde, Vergehen und Verbrechen im Land zu überwachen.

## Staatliche Kommentare und Fragen (Regionalgruppen)

### Afrikanische Gruppe

Im Namen der Gruppe der Arabischen Staaten verkündete die libysche Delegation ihre erneute Unterstützung für die Resolution 22/16 des Sicherheitsrats und die Resolution 45/26 des Menschenrechtsrats, besonders den Artikel zum Aufbau von Kapazitäten und technischer



Unterstützung in Jemen.

Die Gruppe stellte weiterhin heraus, dass der einzige legitimierte Vertreter des Jemen die jemenitische Regierung sei und die Befolgung von Resolution 45/26 auf Anfrage der jemenitischen Regierung

essenziell sei und vom Rat angenommen werden solle. Die Gruppe erwähnte weiter, dass der Bericht der GEE hochgradig politisiert sei und nicht akkurat im Gegensatz zur politischen Arbeit der Regierung des Jemen. Ebenso unterstützten Kamerun und Marokko beide die Resolution 22/16 des Sicherheitsrats und somit die Legitimität der Regierung des Jemen. Die Repräsentanten erwähnten außerdem, dass technische Unterstützung und der Aufbau von Kapazitäten dem Jemen anvertraut werden müssen und dass die neubestimmte Regierung in der Lage sei, Menschenrechtsverletzungen und -verbrechen zu überwachen. Auch der Vertreter von Ägypten zeigte sich besorgt bezüglich der Herangehensweise der GEE, da die Arbeit der Gruppe seiner Aussage nach nicht konstruktiv sei und irreführende Informationen beinhalte. Ägypten glaube daher, dass die GEE ihr Mandat überschreite. Daher unterstütze Ägypten die Legitimität der jemenitischen Regierung. Im Einklang mit den Äußerungen der Gruppe der arabischen Staaten, lobte schließlich der Sudan die Rolle der Nationalen Kommission in Jemen und akzeptierte daher nicht die Grundlage, auf der der Bericht der GEE beruht.

## Asien und die Pazifische Gruppe

Im Namen des Golfkooperationsrats (GCC) forderte der Vertreter von Bahrein, dass die Unterstützung der jemenitischen Regierung und deren Bedürfnissen gerecht zu werden für den Rat die oberste Priorität sei. Der GCC glaube, dass die Lösung der Krise im Jemen und die Erreichung der politischen Ziele allein auf der Golfinitiative und ihren Mechanismen, welche das Ergebnis des Nationalen Dialogs seien, beruhen müsse. Der GCC hob auch die Bemühungen der jemenitischen Regierung bezüglich der Untersuchung von Verbrechen und Vorwürfe hervor. Daher riefen sie den Rat dazu auf, die vollzogene Arbeit des Nationalkomitees in Jemen zu unterstützen, da es über ein umfassendes Verständnis über die Komplexität der Themen verfüge und professionell die Verbrechen ohne jegliche politische Anspielungen analysieren könne. Im Einklang damit erwähnte der Vertreter Saudi-Arabiens, dass das Land das Mandat der GEE nicht anerkenne, da sie glauben die Gruppe habe ihr Mandat überschritten und einen irreführenden Bericht erstellt, der folglich die Krise verschlimmert habe. Daher vertraue Saudi-Arabien in die Arbeit Jemens und zeige sich besorgt bezüglich der Anschuldigungen des GEE gegenüber Saudi-Arabien und Jemen, welche mehrere Raketenangriffe einschlossen. Saudi-Arabien ist auch überzeugt, dass es dem GEE Bericht an Objektivität und Einhaltung der Resolution 22/16 mangle. Gleichmaßen glaubten Jordanien und Kuwait, dass Frieden und Sicherheit in Jemen hergestellt werden müssen und dass technische Unterstützung und der Aufbau von Kapazitäten in Jemen essenziell seien.

**Insbesondere ist Kuwait um die politisierten, ungläubwürdigen Trugschlüsse des GEE-Berichts besorgt, da diesem das Bekenntnis zur Resolution 22/16 des Sicherheitsrats fehle. Die Delegation der Vereinigten Arabischen Emirate stimmte zu, dass es dem Bericht der GEE an Transparenz mangle und dass eine Unterstützung des Jemen unmittelbar erfolgen müsse.**

## Westeuropäische und andere Gruppen

Die Europäische Union schloss sich der Erklärung der GEE an und unterstützte weiterhin ihr Mandat. Die EU ist besorgt um die Menschenrechtssituation in Jemen und die kürzliche



Eskalation der Gewalt, besonders in Ma'rib. Die Organisation behauptete, dass die Konfliktparteien schwerwiegende Völkerrechtsverbrechen begehen. Außerdem erfragte die EU eine Ausführung des GEE-

Vorsitzenden zum Zugang der Gruppe zu Jemen und ihre Möglichkeiten, vollständig angemessene Untersuchungen durchzuführen. Im Namen der Nordisch-Baltischen Staaten drückte der Vertreter Dänemarks Bedenken bezüglich der Menschenrechtsverbrechen und -vergehen in Jemen aus und rief alle involvierten Parteien auf, humanitäre und menschenrechtliche Verpflichtungen zu respektieren. Die Nordisch-Baltischen Staaten haben und werden weiterhin das Mandat der GEE sowie des UN-Sonderbeauftragten unterstützen. Zudem fragte der Vertreter Dänemarks nach weiteren Schritten, die der Rat unternehmen könnte, um zu einem nachhaltigen Frieden beizutragen und sicherzustellen, dass Menschenrechte in Jemen respektiert werden. Die Gruppe der Staaten, einschließlich Irland, Belgien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, unterstützt die Arbeit der GEE, welche eine umfangreiche Einschätzung der Lage in Jemen bereitstellt. Die Gruppe der Staaten unterstützt vollumfänglich die Bereitstellung technischer Unterstützung für die Nationalkommission in Jemen sowie für die Arbeit der GEE. Außerdem begrüßte der Vertreter Irlands weitere Details zu prioritären Themen und die weiteren Ausführungen zu den Herausforderungen der GEE, insbesondere bezüglich des Zugangs zu jemenitischem Territorium. Deutschland, Frankreich, die Schweiz, Australien und Neuseeland unterstützen vollumfänglich das Mandat der GEE und erkennen die in Jemen begangenen Völkerrechtsbrüche durch die betroffenen Parteien an. Diese Staaten riefen alle Parteien dazu auf, sich in die Arbeit der UN und der GEE einzubringen, um einen inklusiven Frieden zu erreichen und sicherzustellen, dass Frauen in Entscheidungsprozesse im Jemen einbezogen werden. Die Schweiz beispielsweise fragte nach

einer Ausführung der Handlungsvorschläge, um der Straflosigkeit entgegenzuwirken und die Zusammenarbeit in dieser Frage zu fördern. Auch Österreich ist der Meinung, dass der Konflikt in Jemen eine Quelle der Instabilität ist. Der österreichische Vertreter rief alle Parteien dazu auf, mit den internationalen Mechanismen für Rechenschaft zu kooperieren, insbesondere mit der GEE. Neuseeland fragte, die GEE und den UN-Sonderbeauftragten unterstützend, nach Schritten, die ergriffen werden könnten, um jemenitische Kinder davor zu schützen als

Soldaten rekrutiert zu werden. Gleichmaßen ist das Vereinigte Königreich besonders besorgt um die Verfolgung religiöser Minderheiten wie die Baha'i in Huthi Gebieten. Ihre Vertreterin Fr. Rita French fragte die GEE nach



Maßnahmen, die ergriffen werden könnten, um die Behinderungen von humanitärer Hilfe durch die Huthi zu tangieren. Schließlich erwähnte der Vertreter der USA, dass die USA ihre Unterstützung für die Offensive der Militäroperationen der Koalition unter Saudi Führung beendet hätten und dass das Land sich den Bedenken humanitärer Gruppen und der UN anschließe. Somit unterstützen die USA die von der UN geleiteten Programme, um einen Waffenstillstand zu erreichen und den Zugang humanitären Hilfe zu ermöglichen.

### Genereller Konsens

Während des interaktiven Dialogs wurde deutlich, dass zwei geteilte Meinungen und Erklärungen herrschen. Die meisten Staaten der Afrikanischen Gruppe und der Asiatischen und Pazifischen Gruppe stellten heraus, dass die nationale Souveränität der Regierung des Jemen sichergestellt werden muss. Außerdem sind sich die meisten Staaten dieser Gruppen einig, dass das Mandat und der Bericht der GEE auf Fehlinformationen, fehlender Transparenz und Objektivität basieren. Beispielsweise forderte der GCC, laut Aussage des Vertreters von Bahrein, dass die Regierung des Jemen bei Entscheidungsprozessen und bei der Verfolgung von Verbrechern im eigenen Land priorisiert werden müsse. Gleichmaßen kündigte die Gruppe der Arabischen Staaten, vertreten durch Libyen, ihren Beistand für technische Unterstützung und den Aufbau von Kapazitäten in Jemen an, sowie ihre Ablehnung der

Bemühungen der GEE und ihrem Mandat. Die Gruppe erwähnte außerdem, dass der Bericht der GEE in höchstem Maße politisiert sei. Somit erkennen diese Staaten und ihre Verbündeten die Legitimität der jemenitischen Regierung an und lehnen jegliche Berichte oder Entscheidungen der GEE ab. Auf der anderen Seite einigte sich die Westeuropäische Gruppe gemeinsam mit einigen anderen Staaten von verschiedenen regionalen Gruppen darauf, dass der Bericht der GEE vollumfassend transparent und vertrauenswürdig ist. Diese Staaten begrüßten den Bericht und werden weiterhin das Mandat der GEE stützen. Die Europäische Union zum Beispiel bezweifelt die Legitimität der jemenitischen Regierung und bekräftigte ihre Unterstützung für die Mechanismen der Vereinten Nationen, welchen die GEE folgt. Ein anderes Beispiel wären die Nordisch-Baltischen Staaten, die ebenso der Meinung sind, dass die jemenitische Regierung grauenhafte Verstöße des Völkerrechts und humanitären Völkerrechts begangen habe. In diesem Sinne vertrauen diese Staaten dem Mandat der GEE und werden weiterhin die Bemühungen der Gruppe unterstützen, alle Konfliktparteien für ihre grausamen Taten zur Verantwortung zu ziehen.



### Schlusspunkte der Gruppe der außergewöhnlichen Experten für Jemen

Zum Ende des Dialogs schlossen Fr. Melissa Park und Hr. Ardi Imseid, beide Mitglieder der GEE, die Diskussion mit wichtigen letzten Anmerkungen. Fr. Park benannte die elendige Situation in Jemen, besonders dass Kinder unter schwerer und akuter Unterernährung leiden und Konfliktpartien weiterhin Krieg und Politik mit wichtigen Ressourcen wie Nahrung treiben. Sie erwähnte, dass die Straflosigkeit für diese Verbrechen zu weiteren und schlimmeren Verbrechen und größerer Unsicherheit führe. In ihrer Erklärung hob sie die

ungefähr vier Millionen innerstaatlich Vertriebenen, von denen die meisten Frauen und Kinder sind, hervor. Außerdem seien 800.000 Vertriebene mit einer erschütternden Situation in Ma'rib konfrontiert. Sie machte deutlich, dass, falls sich die Fronten weiter nach Osten



verschieben, wahrscheinlich tausende Zivilisten aus den Gebieten fliehen müssten und gravierende Menschenrechtsverbrechen folgen würden. Schließlich stellte sie dar, dass Zuwendungen im letzten Jahr massiv zurück gegangen seien und es wichtig sei, dass alle Staaten bei der hochrangigen Veranstaltung, die am ersten März im Anschluss an die Ratssitzung stattfinden werde, sich für Jemen einsetzen. Hr. Imseid hob hervor, dass, falls alle involvierten Parteien nicht gewillt seien, die aktuelle Situation zu beenden, müsse die internationale Gemeinschaft einschreiten. Hier spielte er auf die kürzliche Entscheidung eines Waffenembargos als Beispiel einer solchen Maßnahme an. Laut der Mitglieder der GEE, müsse Rechenschaft als zentrales Element sichergestellt werden. Somit werde die Gruppe weiterhin die Entwicklungen in dem Gebiet verfolgen und transparent Bericht erstatten.

### Der Beitrag von Nichtregierungsorganisationen

Viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) trugen zum Ende des Dialogs extrem wichtige Erkenntnisse und Aufforderungen bei. Beispielsweise unterstrich die Women's International League for Peace and Freedom in ihrer Erklärung, die auch von der Peace Track Initiative gestützt wurde, dass die Gewalt in Jemen in unverhältnismäßiger Weise Frauen betreffe. Außerdem nehme die Zahl der Waffen und Waffenlieferungen in dem Gebiet zu. Die Organisation erwähnte zudem, dass geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt als Waffen von den Konfliktparteien benutzt werden. Um ihre Aussage zu stützen, nannte die Organisation das Beispiel von Dr. Nadia Al-Sakkaf, die von einem Huthi Gericht zum Tode verurteilt wurde. Außerdem drang die Organisation den Rat zu einem Ende der Kampfhandlungen gegen Ma'rib und dem sofortigen Freilassen von allen willkürlich verhafteten Frauen und Männern

aufzurufen, zusätzlich zu dem Aufruf zu einer aussagekräftigen und gleichen Repräsentation von Frauen im politischen Prozess und Friedensprozess.

Eine andere NGO, Save the Children International, erklärte, dass mehr als zwei Millionen Kinder 2021 wahrscheinlich unterernährt sein werden in Jemen und dass die Unterernährung in der zweiten Hälfte von 2020 um 50% drastisch angestiegen sei. Die Organisation gab auch Aufschluss über die Angriffe auf Schulen und Bildungseinrichtungen und erklärte ihre Unterstützung für das Mandat der GEE.

Zum Schluss erklärten auch Reporter ohne Grenzen ihre Unterstützung für die Arbeit der GEE, da die Situation Besorgnis erregend sei. Sie erwähnten, dass Journalisten immer noch in allen kontrollierten Gebieten inhaftiert seien und das vier von ihnen auf die Vollstreckung ihres Todesurteils durch die Huthi Behörden warteten. Die Organisation erinnerte den Rat an seine Pflicht Journalisten zu beschützen und rief zu deren Freilassung auf.

## Die Position des Geneva International Center for Justice

Das Geneva International Centre for Justice (GICJ) ist der Meinung, dass die Menschenrechtssituation in Jemen alarmierend ist und dass alle in den Konflikt involvierten Parteien schwere Verstöße gegen Völkerrecht und humanitäres Völkerrecht begehen. Insbesondere findet GICJ, dass Minderheiten, vulnerable Gruppen, Menschenrechtsverteidiger und Journalisten vor grausamen Angriffen durch die Huthi Milizen geschützt werden müssen. Die kürzliche Eskalation der Situation in Ma'rib besorgt uns zutiefst. Die dringliche Notwendigkeit solche Vergehen zu beenden, steht im Zentrum unserer Position. Der von der GEE vorgestellte Bericht war transparent, klar und prägnant. Er erklärte vollumfassend die Muster und Vorfälle des Verhaltens im Kontext der andauernden humanitären Krise in Jemen. GICJ ist besorgt um die illegalen Handlungen der involvierten Parteien, wo Völkerrechtsbrüche eminent sind. Vielen Menschen leiden weiterhin unter der Herrschaft der Huthi Milizen. Sie müssen von der internationalen Gemeinschaft geschützt werden.



Quelle: IOM / Olivia Headon

Somit ruft GICJ die internationale Gemeinschaft dazu auf, Druck auf die involvierten Parteien auszuüben, alle Gewalttaten gegen unschuldige Zivilisten zu stoppen. Die Gemeinschaft muss dies durch das wiederholte Anklagen von Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts tun. Außerdem müssen Staaten und internationale Organisationen, wie im Bericht bereits erwähnt, finanzielle Mittel für humanitäre Hilfe bereitstellen, um verschiedene Einrichtungen in Jemen zu unterstützen und den Schutz der Opfer und Inhaftierten sicherzustellen. Abschließend rät das GICJ Staaten dringend die Bemühungen des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Jemen zu unterstützen, um einen nachhaltigen Frieden herzustellen und ein Ende der Kampfhandlungen zu gewährleisten, insbesondere dort, wo Minderheiten, junge Menschen und Frauen in höchstem Maße betroffen sind.

## Fazit

Es steht fest, dass alle Konfliktparteien schwerwiegende Verbrechen, wie Kinder als Soldaten einzusetzen, rechtswidrige Tötungen durchzuführen, willkürliche Festnahmen und unzählbare unmenschliche Handlungen, begangen haben und weiterhin werden. Es ist gewiss, dass diese Verbrechen verheerende Auswirkungen auf Zivilisten haben werden. Die Täter müssen sofort zur Verantwortung gezogen werden. Das Mandat der Arbeit der GEE ist entscheidend und unterstreicht die dramatische Situation, in der sich Zivilisten, Vertriebene und Migranten

befinden. Der Covid-19 Ausbruch hat und behindert weiterhin offensichtlich die Arbeit von Gesundheitseinrichtungen. Bereits vor dem Ausbruch war kaum die Hälfte der Einrichtungen funktionsfähig. Inhaftierte sind besonders vulnerabel, verstärkt durch den Ausbruch einer infektiösen Krankheit und den inadäquaten Maßnahmen der Regierung. Frieden und Sicherheit müssen in Jemen hergestellt werden, wofür ein konstruktiver Dialog und internationale Kooperation essenziell sind. Am wichtigsten ist, dass die Täter für ihre Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen humanitäres Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden. Schließlich sind technische Unterstützung und der Aufbau von Kapazitäten für Jemen notwendig, damit die Regierung ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommt, der Straflosigkeit ein Ende setzt und die Rechte ihrer Bürger schützt. GICJ hofft, dass durch verbesserte technische Unterstützung die Bemühungen, Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit zu untersuchen, gestärkt werden können.

---

*Die Bedürfnisse der jemenitischen Bevölkerung müssen Priorität haben. Zehntausende sind bereits gestorben. Mehr als 20 Millionen sind auf Schutz und Unterstützung angewiesen. Das Land ist auf dem Weg in die weltweit schlimmste Hungersnot seit Jahrzehnten. Dieser Krieg muss enden und die Welt muss Unterstützung leisten hin zu friedvoller politischer Beteiligung, wirtschaftlicher Gerechtigkeit, gleichwertigen Bürgerrechten und verantwortlicher Regierungsführung.*

---

